

Bauleistung	Errichtung Gleis- und Weichenanlagen Unterhafen (1. Bauabschnitt)
Vergabe Nr.	583/2024
Titel	Vereinbarung zwischen Auftragnehmer und Nachunternehmer
Formular	EKVG019
Anlage Nr.	007

Ergänzung der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots Hinweis: Nach den Weiteren Besonderen Vertragsbedingungen hat der Auftragnehmer bei der Weitervergabe von Leistungen an Nachunternehmer (Unternehmen nach § 6a Abs. 10 VOB/A der Nachunternehmer nach § 4 Abs. 8 VOB/A) oder bei Beschäftigung von entliehenen Arbeitskräften die nachstehende Vereinbarung zwischen Auftragnehmer und Nachunternehmer/Verleiher zum Vertragsgegenstand zu machen. Erklärung/Vereinbarung zwischen Auftragnehmer und Nachunternehmer/Verleiher zur Einhaltung der Verpflichtungen zur Tariftreue/zur Mindestlohngewährung nach dem Tariftreue- und Vergabegesetz - TVgG - und weiteren öffentlich-rechtlichen Bestimmungen **bei der Ausführung von Bauleistungen.**

Hinweis:

Nach den Weiteren Besonderen Vertragsbedingungen hat der Auftragnehmer bei der Weitervergabe von Leistungen an Nachunternehmer (Unternehmen nach § 6a Abs. 10 VOB/A der Nachunternehmer nach § 4 Abs. 8 VOB/A) oder bei Beschäftigung von entliehenen Arbeitskräften die nachstehende Vereinbarung zwischen Auftragnehmer und Nachunternehmer/Verleiher zum Vertragsgegenstand zu machen.

Erklärung/Vereinbarung nach dem TVgG**Ich erkläre/Wir erklären,**

- bevorzugte Bieterin bzw. bevorzugter Bieter gemäß §§ 141 Satz 1 und 143 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) - Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen - zu sein. In diesem Fall ist keine weitere Angabe erforderlich.
- kein(e) bevorzugte Bieterin bzw. bevorzugter Bieter gemäß §§ 141 Satz 1 und 143 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) - Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen - zu sein. Weiter mit 1.2.

Ich erkläre/Wir erklären,**- Eine der nachfolgenden Alternativen ist zwingend anzukreuzen. Danach weiter mit 1.3**

- dass meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der Ausführung einer Leistung, die auf Grundlage dieses Vergabeverfahrens erbracht wird und die dem Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes vom 20. April 2009 (BGBl. I S. 799) in der jeweils geltenden Fassung unterfällt, wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts gewährt werden, die durch einen für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder eine nach den §§ 7 oder 11 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes erlassene Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden. Dies gilt entsprechend für Mindestentgelte, die auf Grund der Vorschriften des Mindestarbeitsbedingungengesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 802-2, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. April 2009 (BGBl. I S. 818), für den jeweiligen Wirtschaftszweig in der jeweils geltenden Fassung festgesetzt worden sind, und für den Fall, dass das meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf Grund dieser Rechtsgrundlage zu zahlende Mindeststundenentgelt geringer ist, als das

Mindeststundenentgelt gemäß § 4 Abs. 3 Satz 1 Tariftreue- und Vergabegesetz NRW, bei der Ausführung einer Leistung, die auf Grundlage dieses Vergabeverfahrens erbracht wird, wenigstens ein Mindeststundenentgelt von 12,50 Euro gezahlt wird.

- dass meinen/unseren Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Ausführung einer Leistung, die auf Grundlage dieses Vergabeverfahrens erbracht wird, wenigstens ein Mindeststundenentgelt von 12,50 Euro gezahlt wird.

weitere Pflichtangaben**Art der tariflichen Bindung (Zutreffendes bitte ankreuzen):**

- Es liegt keine tarifliche Bindung vor
- Es liegt eine tarifliche Bindung vor. Die tarifliche Bindung ist nachfolgend anzugeben

Angabe der gezahlten Mindeststundenentgelte für die im Rahmen der Leistungserbringung eingesetzten Beschäftigten:**Ich/Wir verpflichte/n mich/uns hiermit:**

vollständige und prüfbare Unterlagen (Entgeltabrechnungen, Unterlagen über die Abführung von Steuern, Abgaben und Beiträgen, Verträge zwischen Auftragnehmer und Nachunternehmer) zur Prüfung der Einhaltung der Verpflichtungen nach Nr. 1.1 bis Nr. 1.3 durch den AG bereitzuhalten und dem AG auf Verlangen binnen einer Frist von 14 Kalendertagen vorzulegen und zu erläutern

meine/unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf die Möglichkeit entsprechender Kontrollen durch den AG hinzuweisen

Mir/Uns ist bekannt, dass eine Nachunternehmer/Verleiher von der öffentlichen Auftragsvergabe für die Dauer bis zu drei Jahren ausgeschlossen werden soll, wenn er nachweislich gegen die Verpflichtung aus einer Verpflichtungserklärung oder gegen seine Verpflichtung schuldhaft verstoßen hat und ein solcher Ausschluss nach § 6 Korruptionsbekämpfungsgesetz des Landes Berlin mitgeteilt wird.

Erklärung/Vereinbarung zu weiteren öffentlich-rechtlichen Bestimmungen (Sicherheitsvorschriften)

Ich/Wir verpflichte/n mich/uns, die staatlichen Sicherheitsvorschriften (Arbeitsschutzgesetz, Arbeitssicherheitsgesetz und einschlägige Rechtsverordnungen, insbesondere ArbeitsstättenV, DruckluftV, GefahrstoffV, Betriebssicherheitsverordnung, PSA-BenutzungsV und LastenhandhabungsV) und die Sicherheitsvorschriften der Berufsgenossenschaften (Unfallverhütungsvorschriften, insb. die UVV-Bauarbeiten, BGV C 22, die VBG-40 - Erdbaumaschinen, VBG41 -

Rammen, BGV D 16 - Heiz-, Flämm- und Schmelzgeräte für Bau- und Montagearbeiten, BGV D 7 - Bauaufzüge, BGV C 23 - Taucherarbeiten, BGV D 6 - Krane, BGV B 3 - Lärm und die BGV A 5 - erste Hilfe) einzuhalten sowie die Anforderungen nach §§ 5 und 6 der Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen (Baustellenverordnung) vom 10. Juni 1998 (BGBl. I S. 1283) zu erfüllen.

Ich/Wir verpflichte/n mich/uns, Nachunternehmer und Verleiher von Arbeitskräften nur unter der Voraussetzung zu beauftragen, dass diese eine gleichlautende Erklärung mir/uns gegenüber abgeben.

Für den Auftragnehmer:

Rechtsverbindliche Unterschrift Bewerber /Bieter
/Firmenanschrift (Stempel)

Ort

Datum

Für den Nachunternehmer:

Rechtsverbindliche Unterschrift Bewerber /Bieter
/Firmenanschrift (Stempel)

Ort

Datum

Wird dies nicht unterschrieben, kann das Angebot nicht berücksichtigt werden.